

STADT-ZEITUNG 03

Info der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Stadtverbandes Düsseldorf

2025

Besser knuspriger Kekse
als knausriger Chef.
www.tarifwende.de

**TV-L – START
IM DEZEMBER**

GEW



Alle Fotos ohne Namensnennung:
© Stadtverband GEW-Düsseldorf

Der Bezugpreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung
des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.**

Herausgeber

GEW-Stadtverband Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf
Telefon: (0211) 36 39 02
Fax: (0211) 600 91 47
geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de
www.gew-duesseldorf.de
fb: GEWduesseldorf

Geschäftsführerin

Anja Mühlenberg
Geschäftszeiten:
Mo/Mi 9-13
Di 13:30-17:30
Do 13:30-16:30

Redaktion

Dr. Sylvia Burkert
Telefon: (0211) 9 95 98 59
Mobil: 0172 4031950
eMail: dr.burkert@gew-duesseldorf.de

Satz/Layout

kuttner, Beschriftung.Produktion.Design
Sven Kuttner
Sulzbachstraße 95
40223 Düsseldorf
Telefon: (0211) 15 93 98 21
eMail: info@beschriftungen-kuttner.de
www.beschriftungen-kuttner.de

Druck

TIAMAT druck GmbH
Luisenstraße 69
40215 Düsseldorf

TARIF

- 6** Glückskekse für alle! GEW-Tarifkonferenz. Von Sandro Monachello.
- 10** Neu aufgelegten Broschüre: „Tarifbeschäftigte an Schulen“

SCHULSTART

- 12** Ganz Dünnes Eis! Schulstart 2025/26
- 13** Rechtsanspruch auf Ganzttag in.335 Tagen, 1 Stunde, 48 Minuten 39 Sekunden
- 13** Praxistauglich? Der Düsseldorfer Ganzttag
- 16** Ein Déjà-vue vor 70 Jahren im Lehrerzimmer. Von Ulrike Hund.
- 17** Schulalltag 2025. Im Bundesland Sachsen kam es zu einem Handygipfel.
- 18** Medienkompetenz statt pauschaler Smartphone-Verbote.
Offenen Brief der GMK

KOMMUNALWAHL

- 22** „Wir nehmen das mit“ Kandidatencheck mit den Düsseldorfer Ratsparteien
- 24** Impressionen vom Kandidatencheck- Bildstrecke

INTERNATIONALES

- 26** İzzet İldeş- Gewerkschafter unserer Schwestergewerkschaft Egitim Sen
unter Hausarrest

NACHRUF

- 29** Wir trauern um unser langjähriges Vorstandsmitglied Dr. Herbert Clasen

ADRESSEN

- 30** Unsere Personalrätinnen und Personalräte



LUFTSCHLÖSSER

Bundesweit gilt ab 2026 der Rechtsanspruch auf den Ganztag. Bei der Umsetzung bleibt der Fachkräftemangel das dringlichste Problem. Und das gilt natürlich auch für Düsseldorf!

Auch wenn das gerade im anstehenden Kommunalwahlkampf gerne klein geredet wird: das verbindliche Düsseldorfer Konzept zum Ganztag kam gerade noch rechtzeitig für den ersten Jahrgang im verbindlichen Ganztag, denn die Eltern müssen ihre Kinder demnächst anmelden. Und die vorgesehene Modellierung der Anfangszeiten macht den verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen in den Schulen mehr als Kopfschmerzen: es wird nicht funktionieren.

„...sind wir wirklich bereit?“, fragte die GEW bundesweit in den sozialen Medien jüngst ihre Mitglieder. „Als Erzieher*innen und Lehrkräfte wisst ihr genau, was funktioniert und was nicht. Was braucht IHR in eurer Einrichtung am dringendsten?“

Das wollen wir auch unsere Kolleginnen und Kollegen an den Düsseldorfer Schulen fragen, wenn es gilt, den Ganztag umzusetzen! ...Dazu starten wir demnächst eine Umfrage.

Das Echo auf den Post bei Facebook und Instagram der GEW war riesig – und zeigte: Der Frust ist groß. Das dringlichste Problem bleibt dabei der Fachkräftemangel: „Es werden kaum Fachkräfte in der Ganztagsbetreuung arbeiten. Mit Glück finden sich Kinderpfleger. Sie übernehmen jetzt schon stillschweigend aber verlässlich im Alltag sämtliche Aufgaben einer Erzieherin. Leider erfahren sie wenig Wert-

schätzung. Ein Großteil davon könnte locker Fachkraft werden, wenn man ihnen nicht ständig Steine in den Weg legen würde“, so eine Kollegin.

In diesem Sinne setzen wir uns für einen qualitätsorientierten Ganztag ein mit tarifgebundenen Arbeitsverträgen! Darunter geht gar nichts!
(s. auch S. 13 in dieser Ausgabe)

Das Leitungsteam wünscht ein halbwegs erträgliches Schuljahr 2025/26!
Monika Maraun, Gabriella Lorusso, Sylvia Burkert, wir sind an eurer Seite!



GLÜCKSKEKSE FÜR ALLE!



GEW-Tarifkonferenz:

Es war wieder soweit: Im Juni fand in Oberhausen die GEW-Tarifkonferenz statt. Ein Forum, um vor den im Dezember beginnenden Tarifverhandlungen für Angestellte (TV-L) intern mögliche Forderungen zu diskutieren - inklusive Mobilisierung. Eigentlich.

Von Sandro Monachello, Vorstand des GEW-Stadtverbandes Düsseldorf *

Nach dem engagierten Grußwort der GEW-NRW-Vorsitzenden Ayla Celik hatte Annett Lindner (GEW-Bund, zuständig für Beamten- und Tarifpolitik) das Wort. Nach Terminübersicht und Input folgte die sehr deutliche Kritik an der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Der Verhandlungspartner kultiviert inzwischen die Haltung, Verhandlungsangebote erst zum Ende der dritten Verhandlungsrunde vorzulegen. Dies macht es zunehmend schwer, Kompromisse zu erzielen. Auch der Umgang untereinander ist inzwischen eher formell als zugewandt und lässt vorahnen, wie schwierig die nächste Tarifrunde sein wird. Die vielen anschließenden Wortbeiträge haben deutlich gemacht, wo das eigentliche Problem liegt.

Die Anpassung der Lehrkräftebesoldung ab August 2026 ist sicher für all jene ein Gewinn, die davon unmittelbar profitieren. Aber eben doch nicht

für alle. Denn bei den Tarifbeschäftigten gilt: Die Stufe und die bereits erfüllten Laufzeiten werden bei einer Höhergruppierung nicht berücksichtigt. Die Folge ist: Geh zurück auf Los! Und dann gilt: Mehr ist dann doch weniger für dich! Dies betrifft vordergründig jene Kolleginnen und Kollegen, die bereits seit vielen Jahren für eine gute Bildung sorgen und täglich die Schulbank drücken. Bei dieser Umsetzung werden zudem ganze Berufsgruppen- Sozialpädagogische Fachkräfte, Schulsozialarbeiter, MPTs, Alltagshelfer, Fachlehrer - nicht mitgenommen. Die drücken nicht nur genauso die Schulbank, denen drückt auch in Zukunft noch mehr der Schuh. Die Gehaltsschere wird dann noch weiter auseinandergehen. Ein Kollege verdeutlichte ein weiteres Problem: Tarifbeschäftigte bekommen nicht den **Familienzuschlag**. Wie hoch dieser bei anderen ausfalle, dürfe er sich dann im Lehrerzimmer anhören. Auch wenn Einzeldarstellungen sicher



eher persönliche Auswirkungen haben, es lässt sich dennoch festhalten: Tarifiergebnisse reichen nicht mehr aus, um die immer größer werdenden Gehaltsunterschiede zu kompensieren. Die gestiegenen Lebenshaltungskosten und Sozialabgaben sind leider ebensolche ungünstige Entwicklungen, die im Rahmen der Tarifkonferenz sehr deutlich artikuliert wurden. Eines ist klar: Die Situation verschärft sich und der Frust ist inzwischen sehr groß!

Joyce Abrebese (GEW-NRW, Referentin für Tarifpolitik) hat sehr eindrucksvoll deutlich gemacht, wie bei der vorletzten Tarifrunde die TdL-Repräsentanten die Zusatzrente kappen wollten. Auf Kosten der Tarifbeschäftigten natürlich! Hat nicht ganz funktioniert: Die starke öffentliche Stimme hat dagegengehalten und den Abwehrkampf gewonnen. Damit wurde eins klar: Es gibt keine Geschenke - für Tarifbeschäftigte schon mal gar nicht! Es wird die Aufgabe der GEW-NRW sein müssen, den aufgestauten Frust der Kolleginnen und Kollegen in konkrete Forderungen zu übersetzen und zunächst im und dann mit dem DGB stark und nachhaltig diese zu vertreten. Nur so kann die kommende Tarifrunde ein Erfolg werden!

Es geht ums Geld. Viel Geld, welches ungleich verteilt wird. Und wenn der in diesem Jahr erfolgte TVöD-Abschluss Pate steht, dann muss der kommende Winter sehr heiß werden: Tarifbeschäftigte lassen sich nicht so einfach abspesen - das geht nicht!

Auch wenn am Ende einer Tarifrunde keine Liebesheirat steht, der erzielte Kompromiss findet in der Regel seine Ausdrucksform in einem verlässlichen Handschlag. Und genau dieses Gefühl, ein Ergebnis für alle erreicht zu haben,

stellt sich zunehmend weniger ein und schafft Platz für Entsolidarisierung. Das will niemand!

Das große Wort Gerechtigkeit ist im Laufe der Veranstaltung mehrmals gefallen. Wie schwierig die Umsetzung dieser Idealforderung ist, hat auch Annett Lindner in ihrem Wortbeitrag deutlich gemacht. Falsche Hoffnungen zu wecken entspricht nicht den realistischen Optionen - zumal in Zeiten immer knapp werdender Kassen. Dennoch ist es die Aufgabe einer so großen Gewerkschaft, nämlich der GEW-NRW, den Versuch zu unternehmen, ein gewisses Gefühl von Zufriedenheit herzustellen. Hier sollten alle involvierten GEW-Akteure erneut in sich gehen und sich kritisch die Frage stellen, ob in Zukunft Forderungen auch wirklich und nachhaltig ein (Gehalts-)Gewinn für alle sind und welche Schlussfolgerungen sich daraus schließen lassen. Ayla hat in ihrer Anfangsrede auf den Zusammenhang zwischen dem Prozess der Tarifverhandlungen und der Stärkung der Demokratie hingewiesen und völlig zutreffend zusammengefasst: Es ist unser aller Aufgabe diese zu verteidigen! Damit ist es aber auch eine Aufgabe der politischen Entscheidungsträger in NRW, sich mit einer fairen Bezahlung zu dem eigenen Schulpersonal zu bekennen, die täglich den freiheitlichen Gedanken der Demokratie vor Ort in Schule leben und damit weitergeben. Demokratie verlangt was ab - auch Geld!

Vielfach wurde betont, die Wirksamkeit einer Tarifverhandlung mache sich an einer hohen Streikbereitschaft bemerkbar. Viele Kolleginnen und Kollegen werden dieses Recht nutzen, zahlreiche andere nicht - leider! Und

hier muss sich die GEW-NRW auf den Weg machen und authentisch nach deren Gründen fragen. **Die komplizierte Ausgangslage erfordert diesmal einen hohen Mobilisierungsgrad.** Hier kann die Gruppe der Beamten ein sehr sichtbares Zeichen setzen und im wahrsten Sinne des Wortes ebenso ihre Solidarität demonstrieren. Sozusagen, mal andersrum anheizen. Jetzt wissen es alle: Das Demonstrationsrecht gilt auch für Beamte!

Richtig: Die anstehende Tarifrunde lässt einen Verhandlungsraum nur für den Bereich der Entgeltordnung zu. Alle anderen Forderungen sind komplex, erfordern unterschiedliche politische Akteure als Ansprechpartner und werden bzw. müssen auf unterschiedlichen Ebenen verhandelt werden. Die GEW-NRW ist da aktiv und nah dran. Aber etwas anderes wird vermisst: Das öffentliche Bewusstsein zu schaffen, dass die Zusammenstellung des gesamten Schulpersonals inzwischen einer Klassengesellschaft ähnelt, die nur formelle und strikte Zuordnungen kennt. Jegliche Wertschätzung sowie Anerkennung von Leistung und Engagement wird so vom hiesigen politischen Personal verweigert, dies wäre durchaus möglich: Finanziell! Es ist ureigene und originäre Aufgabe einer Gewerkschaft solche Missstände anzuprangern. Die A13 für alle-Kampagne hat gezeigt: Es geht! Jetzt muss es für alle anderen auch gehen.

Ob in der großen oder in der kleinen Runde, eins ist klargeworden: Forderungen müssen zusammen gedacht werden! Zur Auflockerung und um auf die Tarifrunde anzustimmen, legen auf den Tischen Glückskekse vom DGB- eine sehr nette und einprägsame

Werbeaktion. Im Laufe des Vormittages wurde zunächst die Versuchung und dann die Neugierde groß und es pasierte, was passieren musste.

Auf den Bruch folgte der Glücksspruch: Mehr Gehalt ist keine Glückssache. Passt: Aber diesmal bitte die richtigen Glückskekse für alle! Ohne dich wird es nicht gehen, daher die Frage, nein die Aufforderung:

**Sei ein
Glückskekse:
Geh streiken!**



*Sandro Monachello und Regina Köhler sind im Vorstand des Stadtverbandes verantwortlich für die Tarifpolitik: <https://duesseldorf.gew-nrw.de/wir-vorort/ansprechpersonen> und ehrenamtliche Experten im Landesverband der GEW: <https://www.gew-nrw.de/gewerkschaft/kontakt-und-beratung/ansprechperson/sandro-monachello> <https://www.gew-nrw.de/gewerkschaft/kontakt-und-beratung/ansprechperson/regina-koehler>.

ADO – AFV – ATV - BAG – BASS - EG – LPVG – MPT - MSW – PE - PR – TV – TV-L – TVÜ-L – VBL – TARIFCHINESISCH?

Liebe tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder,
in unserer im Juni dieses Jahres neu aufgelegten Broschüre: „Tarifbeschäftigte
an Schulen“ findet ihr schnell die Antwort auf alle Fragen rund um den Tarif
mit jeder Menge Informationen und Tipps!

„Denn nur wer seine Rechte kennt, kann sich auch für diese einsetzen“
(Ayla Celik, Vorsitzende der GEW NRW im Vorwort).

Sprecht eure GEW-Vertreter*innen vor Ort an, sie wissen, was auf euch
zukommt in der anstehenden Tarifrunde und kämpfen mit euch für eine
gerechte Entlohnung.



Denn:
mehr Gehalt ist keine Glückssache!

MITGLIEDSCHAFT

Die GEW NRW berät ausschließlich ihre Mitglieder.
Mitglied werden lohnt sich!
Mehr zu den Mitgliedsvorteilen und Anmeldeöglichkeiten hier:
mitglied-werden.gew-nrw.de/



November 2025

Dezember 2025

Januar 2026

TARIF

1 Sa

Allerheilig

2 So

3 Mo

4 Di

5 Mi

6 Do

7 Fr

8 Sa

9 So

10 Mo

1 Di

2 Mi

3 Do

Fr

Sa

1 Do

Neujahr

Erziehung und Wissenschaft

Gewerkschaft

GEW
NRW.



Tarifbeschäftigte an Schulen

Tipps und Informationen zu
arbeits- und tarifrechtlichen Fragen

gew-nrw.de

WEIHNACHTSFERIEN

GANZ DÜNNES EIS!

Schulstart 2025/26

Bei mehr als 7000 unbesetzten Lehrerstellen in NRW – Tendenz steigend – wäre es eine vorrangige Aufgabe, grundständig ausgebildete Lehrkräfte ins System zu bekommen, so Ayla Celik, Vorsitzende der GEW- NRW auf der Landespressekonferenz am 25.8.2025.

„Die Landesregierung hat in den vergangenen drei Jahren viele Projekte gestartet, die grundsätzlich zu begrüßen sind“, erklärt sie. „Die Ministerin setzt weiter auf die Stärkung der Basiskompetenzen. Das ist nicht nur konsequent, sondern wird den Erfordernissen vor Ort gerecht. Doch können mehr Lernstandserhebungen, wie im „Schulkompass 2030“ vorgesehen, nur dann nachhaltig sein, wenn sie auch in der Praxis zu mehr individueller Förderung führen. Ohne qualifiziertes Personal, Zeit und echte Förderstrukturen bleibt das Konzept leider eine Daten-Bürokratie-Offensive ohne gesicherten Bildungserfolg.“

Viele Reformen der Landesregierung setzen zwar an den richtigen Punkten an (Personal, Basiskompetenzen, Digitalisierung, Lehrkräfteausbildung und der Vorbereitungsdienst), diese laufen aber parallel und unkoordiniert, kritisiert die GEW-Landesvorsitzende. „Auch führen sie in der Schulpraxis bisher leider nicht zu mehr Entlastung. Lehrkräfte erleben in einer Zeit, in der weiterhin 7.000 grundständig ausgebildete Lehrkräfte im System fehlen, mehr Programme und digitale Tools - aber keine kleineren Klassen, keine durchgehende Unterrichtsversorgung, keine Ressourcen für echte individuelle Förderung und vor allem keine Arbeitsentlastung.“

Die fehlenden Rahmenbedingungen und einheitlichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung des Ganztags

sieht Celik als vertane Chance. **„Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026 hätte ein ‚Gamechanger‘ sein können.** Er hätte echte Chancengleichheit schaffen und Schule und Betreuung besser verzahnen können. Aber derzeit droht das Gegenteil: Durch fehlende rechtliche Grundlagen wird die Verantwortung auf die kommunale Ebene verlagert. Am Ende bestimmt die Postleitzahl, welche Bildungsangebote die Kinder bekommen.“ Auch die Reform der Lehrpläne sei längst überfällig: „Ob Medienbildung, Nachhaltigkeit, berufliche Orientierung oder Demokratieerziehung: Immer mehr gesellschaftliche Aufgaben werden auf die Schulen übertragen, ohne klare Prioritäten oder Entlastung. Das bedeutet Dauerstress für Lehrkräfte und Kinder, die gemeinsam durch den Stoff hetzen. Deshalb fordern wir eine Priorisierung der Inhalte – zugunsten von mehr Vertiefung, mehr Freude am Lernen und vor allem mehr Zeit für Beziehungsarbeit!“

Mit Blick auf das letzte volle Schuljahr der Legislaturperiode fordert die GEW NRW eine klare Positionierung. „Will diese Landesregierung wirklich Bildungsgerechtigkeit schaffen – oder weiter auf Zeit spielen? Fakt ist: Die großen bildungspolitischen Fragen sind bis heute nicht geklärt!“

<https://www.gew-nrw.de/neuigkeiten/detail/gew-nrw-zum-neuen-schuljahr> (<https://t1p.de/4c9vc>)

RECHTSANSPRUCH AUF GANZTAG IN...

.....335 Tagen, 1 Stunde, 48 Minuten 39 Sekunden
(zum Redaktionsschluss)

Der Rechtsanspruch auf Ganzttag tritt zum 1. August 2026 in Kraft. Zentrale Ziele sind eine individuelle Förderung und bessere Teilhabechancen aller Kinder sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Ausbau soll stufenweise erfolgen.

Stufenweiser Ausbau

Der Rechtsanspruch gilt zunächst für Grundschulkinder der ersten Klassenstufe und wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. **Ab 1. August 2029 haben alle Schüler*innen Anspruch** auf täglich acht Stunden Unterricht und Betreuung in offenen und gebundenen Ganzttagsschulen sowie in Horten. Für die Schaffung neuer und die Erhaltung vorhandener Plätze stellt der Bund den Ländern insgesamt 3,5 Milliarden Euro bereit. Ab 2026 beteiligt sich der Bund zudem an den Betriebskosten. Die Mittel wachsen auf bis zu 1,3 Milliarden Euro jährlich ab 2030.

Großer Personalmangel und Geburtenrückgänge.

Ein großes Problem bei der Umsetzung bleibt der Personalmangel. Laut „Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2022“ der Bertelsmann Stiftung werden rund 100.000 pädagogische Mitarbeiter*innen mehr benötigt als voraussichtlich vorhanden. In den westdeutschen Bundesländern müssten mehr als eine Million Plätze geschaffen werden, um den Rechtsanspruch flächendeckend zu erfüllen. Gleichzeitig führen die Geburtenrückgänge in den vergangenen Jahren vielerorts dazu, dass die vorgehaltenen Plätze erschwert belegt werden können und es Spielräume gibt, mit vorhandenen und qualifizierten Fachkräften die Ausgestaltung des Ganztages zu verbessern.

PRAXISTAUGLICH?

Der Düsseldorfer Ganzttag

Durch den Rechtsanspruch ab dem Schuljahr 2026/27 wird sich die OGS-Organisation und Finanzierung verändern. Nach einer intensiven Planungsphase hat die LHS Düsseldorf

ein verbindliches modifiziertes OGS-Konzept vorgelegt, das noch im Juli im Schulausschuss verabschiedet wurde. Daran hängt eine neue gestaffelte und verbindliche Abholzeit. Auch die

Beitragstabelle wird angepasst. Ganz sicher: Für die Familien ein Gewinn. Für das bisherige System und damit die Verzahnung zwischen Vor- und Nachmittag eine neue Herausforderung. Die Organisation und Umsetzung des neuen OGS- Konzepts scheint für eine nachhaltige und sinnvolle pädagogische Arbeit nicht zielführend. Gleichzeitig sehen wir Arbeitsplätze des OGS-Bestandspersonal gefährdet. Diese Veränderungen werden auch Auswirkungen auf die Angebote der Bil-

dungsanbieter haben, möglicherweise in reduzierter Form.

Zudem:

Besonders für die Förderschulen besteht die Problematik, dass für die neuen OGS- Abholzeiten kein Schüler-spezialverkehr vorgesehen ist. Sowohl die OGS-Träger als auch die Schulen haben sich in unterschiedlichen Formen kritisch zum neuen OGSD-Konzept geäußert. Das OGS-Konzept muss praxistauglich gemacht werden!

In unserer Pressemitteilung vom 16.6. haben wir uns mit der Praxistauglichkeit des Düsseldorfer Konzepts noch vor dessen Verabschiedung auseinandergesetzt (Auszüge)

Einheitlichkeit ohne Gerechtigkeit?

Schwarzer Peter für die Düsseldorfer Grundschulen mit gebundenem Ganztag!

Die Stadt hat letzte Woche die Neuausrichtung der Ganztagsbetreuung 2026/2027 vorgestellt.

Das Konzept soll auf der Schulaussitzung am 17.6. verabschiedet werden. Dazu erklärt Monika Maraun, Sprecherin der Fachgruppe Grundschule des GEW Stadtverbandes Düsseldorf: „Mit wachsender Sorge blicken zahlreiche Düsseldorfer Grundschulen auf die geplante Neuausrichtung der Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027. Während Stadtdirektor Burkhard Hintzsche im Gespräch mit Antenne Düsseldorf die neue Konzeption als zukunftsgerichtetes Modell für mehr Flexibilität und elterliche Wahlfreiheit darstellt, und mehr von der Wichtigkeit der baulichen Veränderungen spricht, melden sich die betroffenen Schulen mit deutlicher Kritik zu Wort.“

Besonders Grundschulen, die seit Jahren erfolgreich im gebundenen Ganztag arbeiten, sehen ihre Strukturen massiv gefährdet. Die geplante Ausweitung von Abholzeiten durch das neue 14- bis 16-Uhr-Modell drohe, funktionierende pädagogische Konzepte zu zerschlagen. Aber auch die offenen Ganztagsschulen sehen an vielen Stellen große Umsetzungsschwierigkeiten.

Aufweichung und Beliebigkeit

Monika Maraun fragt sich daher: „Wie soll konstant und verbindlich gearbeitet werden, wenn Eltern ihre Kinder nun zu Zeiten abholen können die teilweise noch Lernzeiten, Förderangeboten oder sozialen Gruppenprozessen beinhalten?“

Während in den Plänen des Schulträgers ein vielfältiges und modularisiertes Betreuungsangebot vorgesehen ist, befürchten viele Beschäftigte eine Aufweichung pädagogischer Verbindlichkeit zugunsten organisatorischer Beliebigkeit:

- Zersplitterte Betreuungszeiten: Ein optionales Mittagessen oder wechselnde Anwesenheitszeiten konterkarieren stabile Tagesstrukturen – gerade für Kinder, die auf Verlässlichkeit angewiesen sind.*
- Personalplanung ins Leere: Wenn sich Abholwellen z. B. auf 14 Uhr konzentrieren, droht ein Übermaß an Personal in Randzeiten, während in lernrelevanten Phasen Fachkräfte fehlen.*
- Hilfskräfte statt Kontinuität? Der neue Personalschlüssel erlaubt 50 % Ergänzungs- und Hilfskräfte. Diese sollen für Stabilität sorgen – doch was ist mit langjährigen, engagierten Kräften, die bisher den Alltag vor Ort getragen haben und die Fachkräfte seit vielen Jahren ersetzen – da wir einen Fachkräftemangel haben!*
- Küchenpersonal nicht bedarfsgerecht: Eine zusätzliche Küchenhilfe mit 25 Wochenstunden für ganze Standorte – unabhängig von Schülerzahl und individuellen Zeiten – wird realem Bedarf nicht gerecht.*
- Fachkräftemangel ungelöst: Wie neue Mitarbeitende gewonnen werden sollen, bleibt offen – gerade, wenn die Attraktivität durch kürzere Einsatzzeiten und unsichere Planbarkeit sinkt.*
- Gebundener Ganzttag wird ignoriert: Schulen mit gebundenem System sehen ihr Konzept in Gefahr. Mit viel Engagement entwickelte Strukturen, Rhythmisierungen und multiprofessionellen Teams droht das Ende, wenn verbindliche Zeitachsen entfallen.*
- Die Beitragstabelle für die Eltern werden sich verändern und Familien ohne soziale Zuwendungen, aber trotzdem eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten, werden sich einen Platz bis 16 Uhr nicht mehr leisten können. Gerade für Kinder aus diesen Familien wäre solch ein Platz aber wichtig!*



**Ein Déjà-vue vor 70 Jahren im Lehrerzimmer (das hieß noch so!)
Von Ulrike Hund, Vorstand GEW Düsseldorf**

Die Pause hat begonnen, die Lehrkräfte kommen nach und nach herein.

Herr Matthe zu Frau Deutsch: „Also heute war Ihre Klasse ja mal sehr ruhig, ich konnte an der Tafel die Rechnungen ausführlich darstellen, ohne diese übliche Unruhe.“ Die Klassenlehrerin: „Das hab ich heute auch schon gemerkt. Letzten Mittwoch war das bei mir auch so schön ruhig.“ Der Junglehrer mischt sich ein: „Na, kein Wunder, mittwochs gibt es doch immer das neue TIK-TOK.“ – „Was ist das denn?“ fragt Frau Bioni. **„Kennen Sie nicht? Diese kleinen Heftchen für 20 Pfennig, die es am Büdchen gibt. Die haben sie doch alle.“** – „Ja und was steht da drin?“ – „Keine Ahnung, hab' ich noch nie gekauft.“ – Frau Deutsch: „Sind das die, die ich neulich dem Peter in der Pause abgenommen habe, weil er sie der Ute weggenommen hat?“ – „Genau!“ Herr Matthe: „Und was steht da drin? Irgendwelche Geschichten?“ – „Nein, nur so Bilder.“ – „Also gar nichts zu lesen?“ – „Doch, ein bisschen Text

ist auch dabei, aber so genau hab' ich mir das nicht angesehen, ich hab' es der Ute ja gleich zurückgegeben.“ Herr Held, der Rektor, will es genauer wissen: **„Kennt jemand diese Heftchen? Auf der letzten Dienstbesprechung hat der Kollege Scharf schon angeregt, man müsse sich mit diesen Heftchen mal genauer beschäftigen, die kämen aus Amerika und wären zum Teil gefährlich.“** Der Junglehrer meldet sich: „Also ja, die kommen aus Amerika, einige jedenfalls, und da sind Bildgeschichten drin.“ – **„Bildgeschichten??“** – **„Und sowas lesen die Schüler?“** – „Also lesen kann man die eigentlich nicht, eher so ansehen.“ – „Und warum soll das gefährlich sein?“ – „Na ja, da sind so verschiedene Helden und Kämpfer mit Fäusten und Schwertern und manchmal auch anderen Waffen, die auf einander einschlagen.“ – Frau Bioni ist empört: „Und das darf an Kinder verkauft werden?! Das müsste ja verboten werden!“ Inzwischen ist Herr Sprint, der Sportlehrer hereingekom-

men: „Worum geht’s heute?“ Rektor Held: „Wir sprechen gerade über diese komischen Heftchen aus Amerika, die die Kinder kaufen.“ – „**Ach ja, da sind ja alle scharf drauf. Die müssen sie bei mir immer im Umkleideraum liegen lassen, deshalb schließe ich den während der Stunde immer ab.**“ „Wegen der Heftchen?“ fragt Frau Deutsch. „Ja, schließlich kosten manche sogar 75 Pfennig für so ein paar Seiten. Die geben ja ihr ganzes Taschengeld dafür aus.“ Herr Matthe: „Und was steht denn wirklich drin, also im Text?“ Herr Sprint: „**Wumm! Peng! Platsch! Knall! Urrg!**“ – „Ist Ihnen nicht gut, Herr Kollege? Wollen Sie sich setzen? Ein Glas Wasser?“ Frau Bioni eilt zum Waschbecken. „Nee, nee, das steht so in den Heftchen!“ – „Wie bitte?“ – „Ja, jeden-

falls in denen mit der Ente und der Maus.“ – „**Ente und Maus?**“ Frau Bioni versteht gar nichts mehr. Rektor Held ruft zur Ordnung: „Die Pause ist gleich vorbei, ich werde dieses Thema auf der nächsten **Dienstbesprechung** klären. Bis dahin berichten Sie mir über alle Vorkommnisse in diesem Zusammenhang. Da muss der Schulrat auch mal tätig werden und dann kann man eventuell auch die Eltern zur Verantwortung ziehen.“ Es klingelt. Auch Herr Matthe und Frau Deutsch stehen auf. „Und was hat das jetzt mit der Ruhe am Mittwoch zu tun?“ fragt er die Kollegin. „Keine Ahnung! Ich frag die Kinder gleich mal.“

DAS IST DER GIPFEL!

Schulalltag 2025 zum Beispiel in Sachsen

Kein (Schul-)Tag vergeht, ohne dass nicht landauf landab das Handyverbot in allen Medien diskutiert wird. Im Bundesland Sachsen kam es sogar zu einem Handygipfel.

Dazu die GEW in Sachsen:

„Der sogenannte Handygipfel des sächsischen Kultusministers Conrad Clemens war keine ernsthafte Diskussion mit offenem Ergebnis ... Schon vor der Veranstaltung war klar: Am Ende sollte ein Handyverbot an Grundschulen stehen – unabhängig davon, was Expertinnen und Experten tatsächlich einbringen.“

Und worum geht es wirklich, in Sachsen wie in allen Bundesländern? Naumann, Vorsitzender der GEW in Sachsen, betont: „Die sächsischen Schulen haben

ein massives Problem mit Unterrichtsausfall, steigenden Belastungen und Lehrkräftemangel. Gerade fällt mehr Unterricht an Grundschulen aus, weil Lehrkräfte an anderen Schulen abgeordnet werden. Die Qualität der Bildung sinkt mit den zuletzt getroffenen Maßnahmen und den Haushaltskürzungen immer weiter. Dagegen ist die Handynutzung an Grundschulen ein weitestgehend gelöstes Problem: 99 Prozent der Grundschulen haben bereits entsprechende Regelungen. Dass der Minister nun einen ganzen Gipfel

inszeniert, um ein Thema zu bespielen, das ihn in ein gutes Licht rückt, zeigt: Hier geht es nicht um Lösungen für die Schulen, sondern um politische Selbstdarstellung und um die Ablenkung von den eigentlichen Problemen. Mit dem Verbot wird kein einziges Kind weniger Zeit vor dem Handy verbringen. Die wahren Probleme der übermäßigen Handynutzung liegen beim fehlenden Jugendschutz und bei verantwortungslosen Eltern, die ihre Kinder stundenlang mit dem Handy allein lassen. Sinnvolle Handyregeln müssen - in der Schule wie im Privaten - gemeinsam ausgehandelt, kontrolliert und von den Erwachsenen begleitet werden.“

**„Ein Smartphone-Verbot an Schulen klingt zwar markig und durchsetzungsstark, ist aber realitätsfern.“
(Anja Bensinger-Stolze)**

In der Debatte um ein bundesweites Handyverbot an Schulen sind sich die Bildungsminister*innen der Länder uneins. Nach einem gemeinsamen Treffen

hieß es, man sei offen für gemeinsame Empfehlungen, das Thema sei jedoch schwierig zu regeln. Die Minister*innen gaben daher vorerst keine Empfehlung ab. Beispielsweise aus Hessen und Baden-Württemberg gab es jüngst Vorstöße, die private Handynutzung an Schulen zu verbieten oder zumindest einzuschränken.

Die GEW sieht das kritisch: „Ein Smartphone-Verbot an Schulen klingt zwar markig und durchsetzungsstark, ist aber realitätsfern. Denn wer soll das am Ende durchsetzen? Ohnehin wieder die Lehrkräfte. Sie sind aber weder die Feuerwehr für gesellschaftliche Probleme noch Privatdetektive, die Ranzen durchforsten dürfen“, sagte Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied für den Bereich Schule. Viel besser sei es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, Smartphones verantwortungsvoll zu nutzen und Lehrkräfte als Bildungsprofis bei der Vermittlung von Medienkompetenz zu unterstützen.

Zur Versachlichung der Diskussion drucken wir den brandaktuellen Offenen Brief der GMK* an die Kultusminister ab!

Medienkompetenz statt pauschaler Smartphone-Verbote

27. August 2025

Sehr geehrte Mitglieder der Kultusministerkonferenz,
sehr geehrte bildungspolitische Entscheidungsträger:innen in Bund und Ländern,
sehr geehrte Öffentlichkeit,

Hinweis: Dieser Offene Brief bezieht sich ausdrücklich auf die Diskussion um ein pauschales Smartphone-Verbot an Schulen. Die parallel geführte Debatte über Altersverifikationen auf Plattformen und den gesetzlichen Jugendmedienschutz ist davon getrennt zu betrachten und nicht Gegenstand dieses Schreibens. Unser Fokus liegt auf pädagogischer Verantwortung und Bildung im schulischen Kontext.

Die Diskussion über die Nutzung digitaler Geräte – insbesondere privater Smartphones – an Schulen wird bundesweit mit großer Leidenschaft geführt. Immer wieder wird ein pauschales Smartphone-Verbot ins Spiel gebracht – meist in der Hoffnung, Lernprozesse zu verbessern, Ablenkungen zu reduzieren oder sozialen Druck zu mindern. Diese Sorgen nehmen wir ernst. Doch die digital geprägte Welt stellt uns alle vor Herausforderungen, die nicht nur technischer, sondern vor allem pädagogischer und gesellschaftlicher Natur sind. Genau deshalb sollte die Debatte nicht über Verbote geführt werden, sondern über Bildung, Teilhabe und Verantwortung.

Schule als Lernort in der digitalen Gesellschaft

Schulen sollen junge Menschen auf ein Leben in einer digitalen Gesellschaft vorbereiten. Medienkompetenz ist dabei keine „Zusatzqualifikation“, sondern eine elementare Schlüsselkompetenz in einer digitalisierten Welt und zudem zentraler Bestandteil demokratischer Bildung. Nur wer Informationen einordnen, Algorithmen hinterfragen und eigene Beiträge verantwortungsvoll veröffentlichen kann, ist befähigt zur Teilhabe. Pauschale Smartphone-Verbote stehen diesem Bildungsauftrag entgegen. Sie verhindern Erfahrungsräume, in denen Kinder und Jugendliche lernen, mit Ablenkung, digitalem Stress und Online-Kommunikation umzugehen.

Pädagogisch verantwortete Regelungen statt Verbote – Schüler:innen ernsthaft beteiligen

Wir plädieren für klare, vor Ort ausgehandelte Regelungen zur Nutzung digitaler Geräte – entwickelt gemeinsam mit Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften. Solche partizipativen Prozesse stärken demokratische Bildung. Jugendliche erleben, wie Regeln entstehen, übernehmen Verantwortung und lernen, gesellschaftliche Aushandlungsprozesse aktiv mitzugestalten.

Wenn über Regeln zur schulischen Mediennutzung gesprochen wird, müssen diejenigen gehört werden, die es unmittelbar betrifft: die Schüler:innen. Sie sind nicht nur Adressat:innen von Bildungsmaßnahmen, sondern aktiv Beteiligte einer digitalen Gesellschaft. Ihre Perspektiven und Erfahrungen sind unverzichtbar, um tragfähige und gerechte Lösungen zu entwickeln.

Wie dies gelingen kann, zeigt ein Beispiel aus der Gemeinschaftsschule Norrtorf. Dort wurden in Absprache mit den Schüler:innen verschiedene Ansätze erprobt – vom vollständigen Handyverbot bis hin zu bewusst eingeführten handyfreien Tagen. Letztere wurden nicht nur akzeptiert, sondern als Lernimpuls genutzt – Lehrkräfte griffen die Erfahrungen im Unterricht auf, was zu einem konstruktiven Austausch und einem verbesserten Schulklima führte.

Altersdifferenzierte Regelungen können dabei sinnvoll sein: Während in höheren Jahrgängen stärker auf Eigenverantwortung gesetzt werden kann, brauchen jüngere Schüler:innen oft mehr Orientierung und klare Rahmen. Eine solche gestufte Einführung – gemeinsam entwickelt mit der Schulgemeinschaft – kann Sicherheit bieten, ohne Teilhabe grundsätzlich zu beschneiden.

Unabhängig von konkreten Beteiligungsformaten gilt für uns: Schulische Medienbildung darf nicht über die Köpfe der Schüler:innen hinweg entschieden werden.

Verantwortung gemeinsam gestalten

Auch viele Erwachsene kämpfen mit digitaler Ablenkung und Informationsflut. Das sollte offen kommuniziert werden und die Grundlage für gemeinsame Aushandlungsprozesse bilden. Von Kindern und Jugendlichen ein medienfreies Verhalten zu erwarten, das Erwachsene selbst nicht konsequent vorleben, ist weder zielführend noch glaubwürdig. Regeln werden besser akzeptiert und befolgt, wenn sie gemeinsam entwickelt und von allen vorgelebt werden.

Medienkompetenz entsteht nicht durch Verbote, sondern durch Einübung, Reflexion und pädagogische Begleitung. Schule muss ein Ort sein, an dem junge Menschen Verantwortung übernehmen und digitale Selbstregulierung entwickeln können – nicht durch Ausschluss, sondern durch Zutrauen.

Viele Eltern empfinden die frühe Smartphone-Nutzung ihrer Kinder als Überforderung – nicht zuletzt, weil sie kaum echte Wahlfreiheit haben. Wenn Schule hier keinen klaren, pädagogisch begleiteten Rahmen setzt, werden Eltern mit dieser Verantwortung allein gelassen. Das schafft Unsicherheit, verstärkt sozialen Druck und vertieft bestehende Ungleichheiten.

Ungleichheiten abbauen, nicht verschärfen

Ein generelles Verbot privater Endgeräte trifft nicht alle gleich. Viele Kinder aus benachteiligten Familien verfügen zu Hause weder über passende Infrastruktur noch über pädagogische Unterstützung. Für sie ist die Schule oft der einzige Ort zur Förderung ihrer digitalen Medienkompetenz. Ein Verbot würde diese Jugendlichen von wichtigen Lern- und Teilhabechancen ausschließen.

Auch bei Schüler:innen mit Sprachbarrieren, Lernschwierigkeiten oder anderen Beeinträchtigungen enthalten ihre vertrauten Endgeräte oft individuell angepasste Assistenzsysteme. Diese Bedarfe lassen sich nicht pauschal durch schulische Leihgeräte abdecken.

Medienbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Digitale Überforderung, etwa durch Informationsflut und den Mangel an digitaler Selbstbestimmung, betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene. Wir brauchen daher eine nationale Bildungsoffensive, die Medien- und Demokratiebildung zusammen denkt. Lehrkräfte müssen fortgebildet, Partner:innen aus der außerschulischen Medienpädagogik eingebunden und digitale Infrastruktur verlässlich bereitgestellt werden.

Unsere gemeinsamen Forderungen

- Keine pauschalen Smartphone-Verbote an Schulen – sondern pädagogisch begründete, kontextabhängige Regelungen.
- Verankerung von Medienkompetenz und Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe im Bildungswesen.
- Beteiligung von Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften an der Gestaltung schulischer Mediennutzung.
- Investitionen in Infrastruktur, Fortbildung und Kooperationen mit der außerschulischen Medienpädagogik.
- Verpflichtung politischer Akteur:innen, gemeinsam mit Bildungsakteur:innen einen zeitgemäßen, demokratischen Rahmen für Medienbildung zu entwickeln.

Unser Anliegen

Wir laden alle Beteiligten ein, die Debatte zu versachlichen und gemeinsam an einer inklusiven, demokratischen und gerechten Bildung in der digitalen Welt zu arbeiten. Mediennutzung ist kein Störfaktor – sondern Teil der Lebenswelt junger Menschen. Schule darf sich dieser Realität nicht entziehen, sondern muss ein Ort sein, an dem sie aufgegriffen, reflektiert und gemeinsam gestaltet wird.

Im Namen von:

Bundeselternrat
D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt
Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur
Deutsches Kinderhilfswerk

***Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) setzt sich für die Förderung einer ganzheitlichen, umfassenden Medienpädagogik und Medienkompetenz ein. Hierbei gilt es, soziale, ethische, kulturelle, kreative und politische Aspekte mit technischen Kompetenzen und Voraussetzungen zu verknüpfen.**

„WIR NEHMEN DAS MIT“

Unsere Kommunalwahlkampf-Veranstaltung am 2.9. zum Kandidatencheck mit den Düsseldorfer Ratsparteien hat allen klar gemacht: Düsseldorf als reiche Stadt könnte wesentlich mehr tun für eine gerechte Bildung und eine echte Entlastung der Beschäftigten an den Schulen!

Martina Fockenbrock (SPD) sprang kurzfristig für Sabrina Proschmann ein, Thorsten Graessner (Bündnis 90/Die Grünen), Stefan Wiedon (CDU), Christoph Schork (FDP) und Julia Marmulla (Die Linke) stellten sich den Fragen unserer Kolleginnen und Kollegen, moderiert von Klaus Churt, DGB-Organisationssekretär. Wir danken allen Beteiligten.

Hier einige O-Töne und Schlaglichter:

„Wir nehmen das mit“ war einer der beliebtesten Antworten von Stefan Wiedon und Thorsten Graessner auf unsere Einwände und Kritik. Die Schulpolitiker gerieten regelrecht ins Schwärmen vom jüngsten Erfolg der Schulbauoffensive, dem Benrather Schlossgymnasium; Thorsten Graessner dazu: „ein Wahlgeschenk“. Christoph Schork sprach sogar davon, dass die Bildung mit dem Gebäude beginne: **„Wir bauen viel und schnell“**. Das hat die anwesenden Kolleginnen und Kollegen doch mehr als erstaunt – noch mehr, dass er von weltbesten Bildung in Düsseldorfs Schulen sprach!

Der Offene Ganztag stand im Zentrum der Debatte, vor allen Dingen die kaum in der Praxis zu bewältigende Rythmisierung – die ist aber jetzt in der Düsseldorfer OGS-Planung verbindlich vorgesehen. Julia Marmulla betonte in diesem Zusammenhang, dass ihre Partei Die Linke sich von Anbeginn an für einen gebundenen Ganztag stark gemacht hat, bei dem diese Problematik nicht angestanden hätte.

Und was machen die Schmuddeltoiletten, die es trotz des Pilotprojektes „Toiletten“ immer noch gibt? **„Da werden wir bald dreistellig“**, freute sich Stefan Wiedon: 77 Toiletten der 153 zu säubernden CLOS wären bereits im Projekt, das heißt 2 mal tägliches Putzen, die restlichen „nehmen wir mit“ Martina Fockenbrock betonte, dass die Initiative zum „Pilotprojekt“ von der SPD ausgegangen wäre.

Gabriella Lorusso von der Gesamtschule in Garath fragte nach der Unterstützung für Antirassismus- und Antisemitismus-Projekte. Thorsten Graessner dazu: **„Wieviel Geld braucht ihr?“** Es ginge dabei vor allen Dingen um Unterstützung durch mehr Sozialarbeiter und Psychologen; an ihrer Schule würde der Psychologe 2 Stunden im Monat auftauchen! Die fehlen seit Jahren, es liegt in der Verantwortung der Stadt, mehr Fachkräfte einzustellen, so die anwesenden Kolleginnen und Kollegen.

IMPRESSIONEN VOM KANIDATENCHECK





GEWERKSCHAFTER UNTER HAUSARREST

İzzet İldeş ist Lehrer in Istanbul und Mitglied des Zentralvorstands der Bildungsgewerkschaft **Eğitim-Sen** – der größten öffentlichen Gewerkschaft im Bildungsbereich in der Türkei. Seit vielen Jahren engagiert er sich für ein gerechtes, wissenschaftliches und demokratisches Bildungssystem sowie für die Rechte von Lehrerinnen und Lehrern. **Eğitim-Sen** versteht ihre Arbeit nicht nur als gewerkschaftliches Engagement, sondern als Teil eines umfassenderen Kampfes für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Frieden. Aktuell befindet sich **İzzet İldeş** in der Türkei unter Hausarrest – dennoch setzt er sich weiterhin für seine Überzeugungen ein.



Wie kam es zu deinem Arrest?

Am Dienstag, den 25. März, haben wir als **Eğitim Sen** beschlossen, das akademische Personal für einen Tag zur Niederlegung der Arbeit aufzurufen. Damit wollten wir den Forderungen des akademischen Personals an den Universitäten und den Protesten der Studierenden gegen die Perspektivlosigkeit Ausdruck verleihen. Gleichzeitig wollten wir betonen, dass es an den Universitäten kein sicheres Arbeits-

und Lernumfeld mehr gibt. Dieses gewerkschaftliche Recht, das uns von der Verfassung garantiert wird, wurde von den Staatsanwaltschaften in Ankara und Istanbul schnell kriminalisiert. Noch am selben Tag wurde eine Untersuchung eingeleitet und das Gericht verurteilte alle 7 Vorstandsmitglieder der **Eğitim-Sen** ohne jegliche rechtliche Grundlage zu 15 Tagen Hausarrest unter gerichtlicher Aufsicht.

Warum aber Hausarrest?

Hausarrest ist eine politische Bestrafungsmethode, die derzeit von der türkischen Regierung direkt über die Justiz angewandt wird. Indem sie eine Aktion unserer Gewerkschaft, die im Rahmen der Verfassung durchgeführt wird, ins Visier nimmt, versucht die Regierung, die Opposition einzuschüchtern und zu unterdrücken. Wir, die wir der Forderung der Studierenden nach einer Zukunft eine Stimme geben, sollen offensichtlich zum Schweigen gebracht werden. Die Entscheidung über den Hausarrest ist weder juristisch noch logisch zu erklären, sondern wird als rein politisches Mittel der Bestrafung eingesetzt.

Alle Vorstandsmitglieder der Eğitim-Sen stehen nun unter Hausarrest, was will die Regierung damit erreichen?

Es hat eigentlich eine ganz klare Botschaft: Kritisiert diese Regierung niemals und äußert vor allem keine Kritik in organisierter Form. Die Regierung hat es nicht nur auf Einzelpersonen abgesehen, sondern auch auf organisierte, widerständige und demokratische Kräfte. Sie wissen, dass Eğitim-Sen eine Gewerkschaft ist, die ihre Stimme nicht nur für die Beschäftigten im Bildungswesen, sondern auch für Frauen, Jugendliche, Studierende, Wissenschaftler und alle Unterdrückten erhebt. Indem sie uns zum Schweigen bringen, wollen sie die ganze Gesellschaft zum Schweigen bringen.

Wie ist es um eure Moral bestellt?

Unsere Moral ist hoch, aber es ist natürlich nicht einfach. Diese Praxis, die unseren Aktionsradius einschränkt und uns von der Außenwelt abschneidet, wirkt wie ein psychologischer Druck. Aber trotz dieses Drucks hal-

ten wir an unserer Einheit und Solidarität fest. Die Unterstützung aller Mitglieder unserer Gewerkschaft und befreundeter Organisationen hält uns aufrecht. Wir sind nicht im Gefängnis, sondern zu Hause, aber das ist keine Freiheit, sondern eine unsichtbare Isolation.

Wie macht Eğitim-Sen Gewerkschaftsarbeit unter so schwierigen Bedingungen?

Durch Solidarität und Widerstand. Wir sind physisch aufgehalten, aber unsere Ideen, Gedanken und Solidaritätsnetzwerke können nicht aufgehalten werden. Als Vorstandsmitglieder kommunizieren wir weiterhin über digitale Plattformen und koordinieren uns mit den Provinz- und Ortsverbänden unserer Gewerkschaft. Gleichzeitig geben wir weiterhin öffentliche Erklärungen ab, veröffentlichen Pressemitteilungen und mobilisieren internationale Solidaritätsnetzwerke.

Einige der Demonstranten fordern einen Generalstreik und allgemeinen Widerstand in vielen Städten. Was hältst du davon?

Diese Aufrufe sind legitim und angebracht. Denn nicht nur Studierende, sondern auch Beschäftigte im Bildungswesen, im Gesundheitswesen, Arbeiter, Frauen und Jugendliche sind heute gezwungen, unter Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu leben. Daher ist Widerstand auf allen Ebenen sowohl legitim als auch unvermeidlich. Als Eğitim-Sen treten wir immer für einen friedlichen und demokratischen Kampf ein. Diese Aufrufe sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Aufbruchs und des Willens zum gemeinsamen Widerstand.

Erlebt ihr Solidarität?

Ja, wir spüren eine sehr starke Solidarität sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Wir erhalten Solidaritätsbekundungen von Bildungsgewerkschaften in Europa, internationalen Lehrerverbänden, demokratischen Massenorganisationen in der Türkei, Anwaltskammern und politischen Parteien. Es ist sehr wertvoll zu sehen, dass wir angesichts dieses Drucks nicht allein sind. Solidarität erhält und stärkt.

Wie sieht dein Alltag unter Hausarrest aus?

Intensiv, aber begrenzt. Wir sind in ständiger Kommunikation, schreiben Berichte, bereiten Erklärungen vor, geben Interviews, stärken Solidaritätsnetzwerke. Gleichzeitig versuchen wir, uns durch intensives Lesen geistig wach zu halten. Aber natürlich ist es nicht einfach, von der Außenwelt abgeschnitten zu sein; es ist schwierig, nicht Seite an Seite mit unseren Lieben, der Jugend und Genossen zu sein. Wir produzieren weiter, um gegen diese Unterdrückung nicht zu schweigen.

Möchtest du unseren Lesern noch etwas sagen?

Die Türkei steht heute vor einer sehr schweren Prüfung in Bezug auf Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte. Dennoch sind wir voller Hoffnung. Denn wir wissen, dass organisierte Menschen unbesiegbar sind. Solidarität ist grenzenlos. Jeder, der heute hier mit uns solidarisch ist, steht nicht nur auf unserer Seite, sondern auch auf der Seite der Demokratie, der Freiheit und der Arbeit. Ich rufe alle auf, ihre Stimme zu erheben und gemeinsam gegen diese Finsternis zu kämpfen.

Der Stadtverband Düsseldorf der GEW ist solidarisch mit allen unseren Kolleginnen und Kollegen unserer türkischen Schwestergewerkschaft Eğitim Sen.

Wir bewundern ihren Mut und ihre Standhaftigkeit.



Wir trauern um unser
langjähriges Vorstandsmitglied

Dr. Herbert Clasen

*Hamburg 9. Januar 1949 † Köln 3. Juli 2025



Herbert war ein gewerkschaftliches Urge-
stein, seit über 50 Jahren Gewerkschafts-
mitglied und Jahrzehnte Schriftführer des
Stadtverbandes der GEW.

Wir verlieren mit Herbert einen Gewerk-
schafter, der sich vor allen Dingen in seinem
Beruf als Lehrer, zuletzt am Riehl-Kolleg, für
die Schülerinnen und Schüler am Rande der
Gesellschaft einsetzte; als Vertrauensdozent
der Hans-Böckler-Stiftung verhalf er vielen
von ihnen zum Studium.

Herbert, wir danken Dir!

Seiner Frau Bärbel Hölzing-Clasen und seinen
Kindern Alina und Mattis gilt unser Mitgefühl.

Dr. Sylvia Burkert, Gabriella Lorusso,
Monika Maraun – Leitungsteam
des Vorstandes der GEW Düsseldorf

Wir würdigen Herbert auf unserer
Jubilarehrung im November.

UNSERE PERSONALRÄTINNEN UND PERSONALRÄTE AN DEN DÜSSELDORFER SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Die Personalräte informieren auf unserer Homepage über wichtige grundlegende Dinge:
<https://duesseldorf.gew-nrw.de/gewerkschaft-vor-ort/personalraete-kontakt-informationen>

Örtlicher Personalrat Grundschule

Büro:

Monika Maraun, 1. Vorsitzende ÖPR
Am Wehrhahn 41, 20211 Düsseldorf
Sprechzeiten per Mail oder
telefonisch erfragen:
+492118924687
monika.maraun@duesseldorf.de

Monika Maraun
KGS Paulusschule
+49172 2149755
moni.maraun@web.de

Catharina Wolff
KGS Paulusschule
+49 211 667608
catharina.wolff@schule.duesseldorf.de

Holger Thrien
GGs Beckbusch-Schule
+49 2102 717772
holger.thrien@gew-nrw.de

Hannah Heisterkamp
GGs Lennéstraße
+49 163 9281778
hannah.heisterkamp@gew-nrw.de

Maria Varriale
KGS Thomas-Schule
+49 1590 3024121
varriale@gmx.de

Astrid Zörner
KGS Fleher Schule
+49 178 8633 716
astrid.zoerner@gew-nrw.de

Dina Kirschbaum
KGS Fleher Schule
dina.kirschbaum@gew-nrw.de

Ulrich Gosebruch
GGs Knittkuhl
+49 1759497300
ullrich.gosebruch@web.de

Andrea Gellert
KGS St. Fanziskus Schule
+49 1577 3897 7456
andrea.gellert@gew-nrw.de

Sandro Monachello
KGS Werstener Friedhofstraße
+49 2112495943
sandro.monachello@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Förderschule

Nicole Kaspar

Alfred-Herrhausen-Schule
+49 211 46872458
nicolekaspar1@alice-dsl.net

Daniela Drecker

Franz-Marc-Schule
+49 211 69167622
daniela.drecker.gew@gmx.de

Bezirkspersonalrat Hauptschule

Patricia Ollesch

Gemeinschaftshauptschule am Eller Forst
+49 211 346882
pollesch@gmx.de

Bezirkspersonalrat Realschule

Andreas Dietrich

Toni-Turek-Realschule
+49 212 64527631
andreasdietrich@schule.dusseldorf.de

Bezirkspersonalrat Gesamtschule

Gabriella Lorusso

Städtische Gesamtschule Stettiner Straße
+49 173 2744416
gabriella.lorusso@gew-nrw.de

Regina Köhler

Gesamtschule Stettiner Straße
+49 176 99225964
regina.koehler@brd.nrw.de

Bezirkspersonalrat Gymnasium und Weiterbildung

Hanna Tuszyński

Städtisches Gymnasium Gerresheim
+49 211 87525881
hanna.tuszyński@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Berufskolleg

Marei Heinke

Elly-Heuss-Knapp-Schule
+49 1578 1642 104
marei.heinke@gew-nrw.de

Hauptpersonalrat Berufskolleg

Bärbel Bösche

Max-Weber-Berufskolleg
+49 211 91384874
baerbel.boesche@gew-nrw.de

Heinrich-Heine-Universität

Gero Wollgarten, 4. stellv. Vorsitzender

Med.-Fak./Studiendekanat
Tel. +49 211 81 11519
gero.wollgarten@uni-duesseldorf.de

Dominique Brasseur

Studierendenakademie
+49 211 81-13051
dominique.brasseur@hhu.de

Holger Ehlert

Studierendenakademie
+49 211 81-14747
holger.ehlert@hhu.de

Anja Weber, DGB-Vorsitzende NRW:

*„Ein AfD-Verbot ist überfällig und muss endlich entschlossen angegangen werden. Dazu braucht es jetzt Entscheidungen, es kann nicht sein, dass das Thema weiter vor sich hindümpelt. Auch die Landesregierung sollte ernsthaft prüfen, ob sie ein Verbotsverfahren über den Bundesrat vorantreiben kann. Es geht um unsere Demokratie, unsere Freiheit und um die Würde aller Bürger*innen in Deutschland. Wir müssen dringend einer Normalisierung dieser vom Verfassungsschutz als rechts-extrem eingestuften Partei entgegentreten. Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig, ich möchte ihnen nicht erklären müssen, dass wir zu wenig getan haben. Zudem brauchen all diejenigen unsere Rückendeckung, die sich tagtäglich für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung stark machen und zunehmend unter Druck geraten – seien es Lehrer*innen, Journalist*innen oder Gewerkschafter*innen im Betrieb.“*

(Foto: Kundgebung gegen die AfD 18.8.2025, Bilker Arkaden)

